

# Steuerinformation zu kapitalgedeckten Basisrentenversicherungen und ggf. ergänzenden Zusatzversicherungen

– gemäß § 10 Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa Einkommensteuergesetz (EStG) –

Druck-Nr. pm 2603 – 12.2013

## Inhaltsverzeichnis

### A. Einkommensteuer

1. Grundsatz der steuerlichen Behandlung bei der Basisversorgung
2. Begünstigte Aufwendungen für den Sonderausgabenabzug
  - 2.1 Allgemeine und personelle Voraussetzungen
  - 2.2 Vertragliche Voraussetzungen
  - 2.3 Abzugsfähiger Höchstbetrag
  - 2.4 Kürzung des Höchstbetrags
  - 2.5 Günstigerprüfung
3. Besteuerung der Versicherungsleistungen
  - 3.1 Steuerpflichtiger
  - 3.2 Durchführung der Besteuerung
  - 3.3 Rentenbezugsmitteilung

### B. Erbschaftsteuer

1. Steuerpflichtiger Vorgang
2. Besteuerung von Renten
3. Anzeigepflicht der Versicherungsunternehmen

### C. Versicherungsteuer

### D. Umsatzsteuer

### E. Meldepflichten nach dem Abkommen zwischen Deutschland und den USA

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

mit dieser Steuerinformation erhalten Sie einen Überblick über die wichtigsten steuerrechtlichen Regelungen zu Ihrer kapitalgedeckten Basisrentenversicherung. Die Angaben beruhen auf den – zum Zeitpunkt des auf der Vorderseite angegebenen Stands – geltenden steuerrechtlichen Vorschriften, die wir nach bestem Wissen wiedergeben.

Während der Vertragslaufzeit können Rechtsprechung und Änderungen von Gesetzen/Verordnungen Auswirkungen auf Ihre kapitalgedeckte Basisrentenversicherung haben, die wir nicht beeinflussen können.

## A. Einkommensteuer

### 1. Grundsatz der steuerlichen Behandlung bei der Basisversorgung

Die Leistungen aus einer kapitalgedeckten Basisrentenversicherung werden nachgelagert besteuert. Das bedeutet, dass die Beitragsaufwendungen während der Ansparphase durch den gewährten Sonderausgabenabzug aus unversteuerten Einkommen aufgewendet werden und dass erst die fälligen Rentenleistungen der Besteuerung unterliegen.

Allerdings vollzieht sich der Übergang zur vollständigen nachgelagerten Besteuerung nicht sofort. Es gelten bis 31.12.2039 bestimmte Regelungen, die die Höhe der abziehbaren Beitragsaufwendungen und die Höhe der zu versteuernden Rentenleistungen vorgeben.

### 2. Begünstigte Aufwendungen für den Sonderausgabenabzug

#### 2.1 Allgemeine und personelle Voraussetzungen

Steuerbegünstigte Beiträge zu einer kapitalgedeckten Basisrentenversicherung und ggf. zu ergänzenden Zusatzversicherungen liegen vor, wenn Personenidentität zwischen dem Versicherungsnehmer, der versicherten Person, dem Beitragszahler und dem Leistungsempfänger besteht. Bei zusammen veranlagten Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern kann abweichender Beitragszahler auch der Ehegatte/Lebenspartner sein, der nicht Vertragspartner ist. Handelt es sich um andere Beitragszahler, sind vom Versicherungsunternehmen die geleisteten Beiträge ebenfalls dem Versicherungsnehmer zuzurechnen, da das Versicherungsunternehmen nach Randziffer 8 des Verwaltungserlasses der Finanzverwaltung vom 19.08.2013 keine Verpflichtung zur Feststellung der Mittelherkunft trifft. Im Fall einer ergänzenden Hinterbliebenenversorgung ist ebenfalls ein abweichender Leistungsempfänger zulässig.

Die aufgewendeten Beiträge können als Sonderausgaben nur berücksichtigt werden, wenn

- der steuerpflichtige Versicherungsnehmer der unbeschränkten deutschen Steuerpflicht unterliegt,
- der Vertrag gemäß Punkt 2.2 zertifiziert ist und
- der steuerpflichtige Versicherungsnehmer gegenüber dem Versicherungsunternehmen schriftlich darin einwilligt, dass die Höhe der geleisteten Beiträge im jeweiligen Kalenderjahr durch elektronische Datenübertragung über die zentrale Stelle bei der Deutsche Rentenversicherung Bund an die Landesfinanzbehörden übermittelt werden dürfen.

Die schriftliche Einwilligung hat bis spätestens zum Ablauf des zweiten Kalenderjahrs nach dem Kalenderjahr der Beitragsleistung zu erfolgen. Wurde sie verspätet erteilt, sind die Daten trotzdem zu übermitteln, da die materiell-rechtliche Grundlage für den Sonderausgabenabzug vom Finanzamt zu prüfen ist. Sie gilt bis auf Widerruf auch für die Folgejahre. Ein schriftlicher Widerruf dieser Einwilligung muss gegenüber dem Versicherungsunternehmen vor Beginn des Kalenderjahrs der Beitragsleistung vorgenommen werden.

Die Datenübertragung wird unter Angabe der Zertifizierungsnummer, der Versicherungsdaten, des Datums der Einwilligung und der Identifikationsnummer bis zum 28.02. des dem Beitragsjahr folgenden Kalenderjahrs durchgeführt. Teilt der Steuerpflichtige die Identifikationsnummer trotz Aufforderung nicht mit, darf das Versicherungsunternehmen diese beim Bundeszentralamt für Steuern anfordern (§ 10 Absatz 2a Satz 5 i.V.m. § 22a Absatz 2 EStG).

Sind Beiträge erst nach einem Steuerbescheid übermittelt, korrigiert oder storniert worden, ist der Steuerbescheid durch die zuständige Finanzbehörde automatisch zu ändern, sofern sich hierdurch eine Änderung der festgesetzten Steuer ergibt (§ 10 Absatz 2a Satz 8 EStG).

Das Versicherungsunternehmen hat den Steuerpflichtigen über die im jeweiligen Kalenderjahr elektronisch übermittelten Beiträge zu unterrichten.

### 2.2 Vertragliche Voraussetzungen

Bei der Basisversorgung in Form der kapitalgedeckten Rentenversicherung sind folgende Voraussetzungen einzuhalten:

- Der Vertrag sieht nur monatlich gleich bleibende oder steigende lebenslange Altersrenten vor, die nicht vor Vollendung des 62. Lebensjahrs des Steuerpflichtigen gezahlt werden. Hierbei sind Schwankungen, die auf der Überschussbeteiligung ab Rentenbeginn beruhen, unschädlich.
  - Ergänzend kann die Berufsunfähigkeit oder die verminderte Erwerbsfähigkeit des Steuerpflichtigen abgesichert werden, wobei als Leistungsformen die Befreiung von der Beitragszahlung und/oder eine Rentenzahlung zulässig sind. Im Hinblick auf die Versorgungsbedürftigkeit ist es nicht zu beanstanden, wenn die Leistungsdauer bis zum vereinbarten frühest möglichen Altersrentenbeginn reicht.
  - Ergänzend können aber auch Hinterbliebene abgesichert werden, wobei als Hinterbliebene in diesem Sinn nur der überlebende Ehegatte/eingetragene Lebenspartner des Steuerpflichtigen und die Kinder, für die er Kindergeld oder den Kinderfreibetrag erhält (§ 32 EStG), anzusehen sind.
  - Die Beiträge für die Altersversorgung haben im Verhältnis zu den Beiträgen für die ergänzend abgesicherten Versicherungskomponenten mehr als 50 % des Gesamtbeitrags zu betragen. Hierbei ist auf die tatsächlich entrichteten Beiträge, das heißt Netto-Beiträge nach Verrechnung mit Überschüssen, abzustellen. Im Fall der Berufsunfähigkeit/verminderter Erwerbsfähigkeit gilt die Befreiung von der Beitragszahlung als Altersvorsorgeleistung und nicht als ergänzende Absicherung, wenn dem Steuerpflichtigen vertragsgemäß kein Wahlrecht zwischen Beitragsbefreiung und Rentenzahlung eingeräumt wurde.
  - Ferner dürfen die Vertragsansprüche nicht
    - vererblich – ausgenommen Hinterbliebenenrenten an die zuvor genannten Hinterbliebenen
    - übertragbar – ausgenommen Übertragungen wegen Versorgungsausgleich bei Ehescheidung oder sofern es der Vertrag zulässt, die unmittelbare Übertragung auf einen gleichartigen Vertrag des Steuerpflichtigen beim gleichen oder anderen Unternehmen
    - beleihbar – z.B. keine Abtretung, Verpfändung oder Vorauszahlung auf die Versicherungsleistung
    - veräußerbar – z.B. kein Wechsel des Versicherungsnehmers
    - kapitalisierbar – ausgenommen Abfindung von fälligen Kleinbetragsrenten, die monatlich nicht mehr als 1 % der monatlichen Bezugsgröße gemäß § 18 SGB IV betragen
- sein.
- Weitergehende Ansprüche auf Auszahlungen dürfen nicht bestehen.

Diese Voraussetzungen werden durch die gesetzlich vorgeschriebene Zertifizierung nach § 5a des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz sichergestellt. Die dazu erteilte Zertifizierungsnummer ist Grundlagenbescheid für die steuerliche Anerkennung der geleisteten Beiträge. Das Versicherungsunternehmen unterrichtet daher den Versicherungsnehmer schriftlich über die Zertifizierungsnummer, das Datum zu dem die Zertifizierung wirksam geworden ist und gibt die Postanschrift der Zertifizierungsstelle bekannt.

### 2.3 Abzugsfähiger Höchstbetrag

Beiträge zu einer kapitalgedeckten Basisrentenversicherung sind bis zu 20.000 EUR jährlich als Sonderausgaben abziehbar. Im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern verdoppelt sich der Betrag auf 40.000 EUR. Hierbei ist zu beachten, dass die Abziehbarkeit der Beiträge bis 2024 eingeschränkt ist. Danach sind die zu berücksichtigenden Beitragsaufwendungen (maximal der obige Höchstbetrag) nur mit den folgenden Prozentsätzen abziehbar:

2013	76 %	2020	90 %
2014	78 %	2021	92 %
2015	80 %	2022	94 %
2016	82 %	2023	96 %
2017	84 %	2024	98 %
2018	86 %	ab 2025	100 %
2019	88 %		

Eine laufende Beitragszahlung ist hierfür nicht erforderlich. Die aufgewandten Beiträge sind grundsätzlich dem Kalenderjahr zu zurechnen, in dem sie geleistet worden sind. Es gilt § 11 Absatz 2 EStG.

### 2.4 Kürzung des Höchstbetrags

Bei Personen, die während des ganzen oder ein Teil des Kalenderjahrs

- in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungsfrei bzw. auf Antrag befreit sind (z.B. Beamte, Richter, Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Empfänger von Amtsbezügen, Beschäftigte bei Trägern der Sozialversicherung, Kirchenbeamte und Geistliche in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen, Diakonissen, Lehrkräfte an nicht öffentlichen Schulen) oder
- nicht der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterliegen, eine Berufstätigkeit ausgeübt haben und denen in diesem Zusammenhang auf Grund vertraglicher Vereinbarungen Anwartschaftsrechte auf eine Altersversorgung zustehen (z.B. Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften, beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH),

ist der Höchstbetrag von 20.000 EUR/40.000 EUR um den fiktiven Betrag zu kürzen, der dem Gesamtbeitrag (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) zur gesetzlichen Rentenversicherung entspricht. Dies gilt auch für Abgeordnete mit Einkünften im Sinne von § 22 Nr. 4 EStG. Bemessungsgrundlage für den Kürzungsbetrag sind die erzielten steuerpflichtigen Einnahmen aus der jeweiligen Tätigkeit, höchstens der Betrag der Beitragsbemessungsgrenze Ost in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bei Arbeitnehmern, die der gesetzlichen Rentenversicherung angehören, ist zu beachten, dass von den insgesamt begünstigten Beitragsaufwendungen der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung in Abzug zu bringen ist.

Bei zusammen veranlagten Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern ist für jeden gesondert zu prüfen, ob und in welcher Höhe der gemeinsame Höchstbetrag von 40.000 EUR zu kürzen ist.

### 2.5 Günstigerprüfung

Die Neuregelungen des Sonderausgabenabzugs seit 01.01.2005 können in bestimmten Fällen zu einer Schlechterstellung gegenüber der bis 31.12.2004 geltenden Regelung führen. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber eine Günstigerprüfung (Vergleich zwischen Abzugsbetrag nach altem Recht und Abzugsbetrag nach neuem Recht) vorgesehen, bei der von Amts wegen bis einschließlich 2019 der jeweils höhere Betrag als Sonderausgabenabzug berücksichtigt wird.

## 3. Besteuerung der Versicherungsleistungen

### 3.1 Steuerpflichtiger

Steuerpflichtiger ist immer der Empfänger der Versicherungsleistung. Dies ist bei Alters- und Berufsunfähigkeits-/Erwerbsminderungsrenten der anspruchsberechtigte Versicherungsnehmer und bei Hinterbliebenenrenten dessen überlebender Ehegatte/eingetragener Lebenspartner und die Kinder im Sinne des § 32 EStG.

### 3.2 Durchführung der Besteuerung

Leistungen aus der Basisversorgung werden im vollen Umfang nachgelagert besteuert, unabhängig davon, ob sie als Rente (Altersrente, Berufsunfähigkeits-/Erwerbsminderungsrente, Hinterbliebenenrente oder Waisenrente) oder als einmaliger Bezug (z.B. Abfindung von Kleinrenten) ausgezahlt werden. Bis 2039 unterliegt aber nur ein Teil der Rente oder des einmaligen Bezugs der Besteuerung, wobei sich der Besteuerungsanteil nach dem Jahr des Rentenbeginns/Leistungsbezugs bestimmt. Danach sind folgende Prozentsätze anzuwenden:

2013	66 %	2027	87 %
2014	68 %	2028	88 %
2015	70 %	2029	89 %
2016	72 %	2030	90 %
2017	74 %	2031	91 %
2018	76 %	2032	92 %
2019	78 %	2033	93 %
2020	80 %	2034	94 %
2021	81 %	2035	95 %
2022	82 %	2036	96 %
2023	83 %	2037	97 %
2024	84 %	2038	98 %
2025	85 %	2039	99 %
2026	86 %	ab 2040	100 %

Der Besteuerungsanteil im Jahr des Rentenbeginns bildet die Grundlage für die Besteuerung der Rente bis zum Lebensende des Steuerpflichtigen. Der verbleibende steuerfreie Anteil der Rente wird in Form eines lebenslang geltenden Freibetrags festgeschrieben, der sich aus dem Jahresbetrag der Rente des Kalenderjahrs ergibt, das auf das Jahr des ersten Rentenbezugs folgt. Diese Regelung bewirkt, dass spätere Rentenerhöhungen (z.B. Rentenerhöhung aufgrund höherer Überschüsse), vollumfänglich in die Besteuerung eingehen.

Folgen Renten aus derselben Versicherung unmittelbar einander nach (z.B. Hinterbliebenenrente folgt Altersrente), richtet sich der Besteuerungsanteil der nachfolgenden Rente nach dem Vornhundertatz der ursprünglichen Rente. Allerdings ist der maßgebliche Freibetrag anhand der nun fälligen Rente neu zu berechnen.

Jedem Steuerpflichtigen steht pro Kalenderjahr ein Werbungskosten-Pauschbetrag in Höhe von 102 EUR (§ 9a Satz 1 Nr. 3 EStG) zur Verfügung, sofern er keine höheren Werbungskosten nachweist.

Leistungsbezieher, die im Ausland ansässig sind, unterliegen mit ihren Leistungen aus der kapitalgedeckten Basisrentenversicherung der beschränkten Einkommensteuerpflicht. Soweit ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit dem Ansässigkeitsstaat besteht, steht Deutschland nur dann ein Besteuerungsrecht für die Rente oder den einmaligen Leistungsbezug zu, wenn ihm nach dem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung das Besteuerungsrecht ausdrücklich zugewiesen wird. Dies gilt beispielsweise für in den Niederlande, Dänemark oder Österreich ansässige Leistungsbezieher.

### 3.3 Rentenbezugsmitteilung

Die Versicherungsunternehmen haben die zu erbringenden Renten und andere Leistungen jährlich der zentralen Stelle (Deutsche Rentenversicherung Bund) zur Weiterleitung an die Landesfinanzbehörden zu übermitteln (§ 22a EStG). Diese Rentenbezugsmitteilung muss die Identifikationsnummer, den Familiennamen, den Vornamen und das Geburtsdatum des Leistungsempfängers, sowie den Betrag, den Zeitpunkt des Beginns und Ende (soweit bekannt) der Rente bzw. der sonstigen Leistung beinhalten. Hat der Leistungsempfänger eine ausländische Anschrift, ist diese und seine Staatsangehörigkeit zusätzlich mitzuteilen. Folgen Renten aus derselben Versicherung einander nach, sind auch Beginn und Ende der vorhergehenden Rente anzuzeigen. Hierzu hat der Leistungsempfänger dem Versicherungsunternehmen seine Identifikationsnummer zur Verfügung zu stellen. Kommt der Leistungsempfänger trotz Aufforderung dieser Verpflichtung nicht nach, darf das Versicherungsunternehmen die Identifikationsnummer beim Bundeszentralamt für Steuern abfragen. Darüber hinaus hat das Versicherungsunternehmen den Leistungsempfänger selbst über die erforderliche Rentenbezugsmitteilung zu unterrichten.

## **B. Erbschaftsteuer**

### **1. Steuerpflichtiger Vorgang**

Hinterbliebenenleistungen aus der kapitalgedeckten Basisrentenversicherung unterliegen grundsätzlich der Erbschaftsteuer (§ 3 Absatz 1 Nr. 4 ErbStG). Soweit jedoch der steuerpflichtige Erwerb (Versicherungsleistung zuzüglich evtl. weiterer Vermögenswerte) den persönlichen Freibetrag des Erwerbers nicht überschreitet, wird keine Erbschaftsteuer erhoben.

### **2. Besteuerung von Renten**

Zur Ermittlung der Erbschaftsteuer sind Renten mit ihrem Vielfachen des Jahreswerts anzusetzen. Dieser Kapitalwert ist maßgebend für den anwendbaren Steuersatz nach § 19 ErbStG. Der Vervielfältiger nach § 14 Bewertungsgesetz ergibt sich aus der vom Bundesministerium der Finanzen dazu veröffentlichten Tabelle.

Anstelle der einmaligen Besteuerung des Kapitalwerts kann der Erwerber verlangen, dass die Steuer jährlich von dem Jahreswert der Rente zu entrichten ist. Die Steuer wird in diesem Fall mit dem gleichen Steuersatz erhoben, der auch für den Kapitalwert der Rente festgestellt wurde. Darüber hinaus hat der Erwerber das Recht, die Jahressteuer zum nächsten Fälligkeitstermin mit ihrem Kapitalwert abzulösen. Der Antrag auf Ablösung der Jahressteuer ist spätestens vor Ablauf eines Monats zu stellen, der dem Monat vorausgeht, in dem die nächste Jahressteuer fällig wird.

### **3. Anzeigepflicht der Versicherungsunternehmen**

Die zu erbringenden Hinterbliebenenleistungen sowie der Name und die Anschrift des neuen Leistungsempfängers sind von dem Versicherungsunternehmen dem zuständigen Erbschaftsteuerfinanzamt anzuzeigen.

## **C. Versicherungssteuer**

Die Beiträge zur kapitalgedeckten Basisrentenversicherung und den Zusatzversicherungen sind nach § 4 Nr. 5 Versicherungsteuergesetz (VerStG) von der Versicherungssteuer befreit. Sollte der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes

haben oder dorthin verlegen, ist ggf. die landesübliche Versicherungssteuer zu erheben und an die zuständigen Behörden abzuführen.

## **D. Umsatzsteuer**

Bei der kapitalgedeckten Basisrentenversicherung sind die Beiträge und Leistungen nach § 4 Nr. 10 Buchstabe a Umsatzsteuergesetz (UStG) von der Umsatzsteuer befreit.

## **E. Meldepflichten nach dem Abkommen zwischen Deutschland und den USA**

Deutschland und die USA haben am 31.05.2013 ein Abkommen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten geschlossen. Darin verpflichten sich beide Staaten zum gegenseitigen automatischen Informationsaustausch. Hierzu haben auch Versicherungsunternehmen Daten zu erheben und nach amtlich vorgeschriebenen Datensatz an das Bundeszentralamt für Steuern zu übermitteln, das die erhaltenen Daten an die zuständige Behörde der USA weiterleitet.

Meldepflichtig sind solche Verträge, dessen Versicherungsnehmer eine in den USA einkommensteuerpflichtige Person ist. Bei Tod des Versicherungsnehmers treten an dessen Stelle die anspruchsberechtigten Leistungsempfänger, wenn auch diese in den USA einkommensteuerpflichtig sind.

Zu den zu beschaffenden und auszutauschenden Informationen gehören Name, Anschrift und US-amerikanische Steueridentifikationsnummer des Versicherungsnehmers bzw. hinterbliebenen Leistungsempfängers, Vertragsnummer und der Wert des Vertrags zum Ende des Kalenderjahrs.

Nicht unter die Meldepflicht im Sinne des Abkommens fallen Basisrentenversicherungen nach dem Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz (siehe Punkt 2.2 letzter Absatz), sofern die Beiträge dazu in keinem Jahr 50.000 EUR übersteigen.

ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.  
Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel